



SOLOTHURN

KANTON, STADT UND REGION

«Da sind neue Gesetze meist unnützlich»

Prostitutionsartikel Professorin Maritza Le Breton über die Grenzen der Regeln im ältesten Gewerbe der Welt

VON SAMUEL THOMI

Im Kanton Solothurn steht ein neuer Prostitutionsartikel zur Abstimmung. Maritza Le Breton, ist ein solcher überhaupt sinnvoll?

Maritza Le Breton: Grundsätzlich macht mich die zunehmende Regulierung des Sexgewerbes skeptisch: Nützen all die Gesetze wirklich den Frauen oder doch anderen Interessen? Wer legal sexuelle Dienstleistungen anbietet, dem kann ein Prostitutionsartikel helfen. Wie sonst in der Gesellschaft gibt es aber auch Sexarbeiterinnen, die unter erschwerten Bedingungen arbeiten müssen. Da sind neue Gesetze meist unnützlich.

Wer profitiert vom Sexgesetz?

In erster Linie vereinfachen die neuen Register der Salonbetreiber es den Behörden, den Überblick zu haben, wer wo arbeitet. Arbeiten Betreiber und Behörden zusammen, kann dies dem Schutz der legal arbeitenden Frauen dienen. Auf der symbolischen Ebene hilft ein Gesetz zudem, Sexarbeit als Arbeit zu anerkennen.

Verringert das neue Gesetz das Solothurner Sexgewerbe?

Nein. Die Forschung zeigt klar: Das Sexgewerbe ist sehr globalisiert und wird durch so kleinräumige Erlasse nicht eingedämmt. Was all die neuen Prostitutionsgesetze im Detail bewirken, ist wissenschaftlich jedoch noch nicht erforscht.

Wird der Prostitutionsartikel zumindest die illegale Sexarbeit eindämmen?

Auch das ist kaum denkbar. Kleinere Betriebe werden sich vielmehr fragen, ob sie die Bürokratie noch meistern können oder sich doch lieber in die Illegalität verabschieden.

Der Solothurner Artikel nimmt Betreiber, Sexarbeiterinnen UND Freier in die Pflicht. Sind solche Regeln im Sexgewerbe überhaupt durchsetzbar?

Die Formulierungen mögen zwar etwas schwammig sein. Dass Angebots- und Nachfrageseite erwähnt werden, ist aber sicher positiv. Denn ohne Konsumenten gäbe es kein Geschäft.

Besonders schwierig zu kontrollieren wird die faktische Kondompflicht?



BRUNO KISSLING

ZUR PERSON

Maritza Le Breton

Professorin Maritza Le Breton lehrt und forscht an der Hochschule für Soziale Arbeit der Fachhochschule Nordwestschweiz in Olten. Sie hat unter anderem zu Migrationsfragen, Sexarbeit im In- und Ausland sowie Menschenhandel publiziert und berät regelmässig Behörden und Nichtregierungsorganisationen. Sie wohnt in Bern. (SAT)

Die Betreiber zu Prävention und Information zu verpflichten, ist schon mal gut. Wie die Polizei dies überwachen will, bin ich aber gespannt (lacht). Aufgrund unserer Untersuchung des Sexgewerbes in Basel müssen wir davon ausgehen, dass die Nachfrage nach ungeschütztem Geschlechtsverkehr wieder steigt, seit die Bedrohung durch Aids als Lebensgefahr zurückgeht. Darum reicht eine gut gemeinte Kondom-

pflicht nicht. Meint es die Politik ernst, braucht es zur Sensibilisierung Begleitmassnahmen. Und das kostet Geld.

Um juristisch Klarheit zu schaffen, bräuchte es dereinst wohl eine Klage. Doch kaum eine Sexarbeiterin wird je einen Kunden vor Gericht zerren?

Das Bild der migrantischen Sexarbeiterin, die nicht in der Lage ist, für sich zu schauen, teile ich nicht. Gute Arbeitsbedingungen und Sensibilisierung für das Thema - sprich: Empowerment durch niederschwellige Beratungsangebote - können Frauen Mut machen. Ein Beispiel für eine solche mutige Frau ist der letztjährige Kinofilm «Anna in Switzerland».

Gewalt im Sexgewerbe verhindert aber auch ein Prostitutionsartikel nicht?

Wie das Beispiel Häusliche Gewalt zeigt, geht das Problem zurück, sobald man es

gesetzlich definiert und an die Öffentlichkeit zerrt. Leider ist Gewalt im Sexgewerbe kaum Thema. Nur an der Euro 2008, als viele eine Flut ausländischer Sexarbeiterinnen fürchteten, wurde öffentlich darüber diskutiert.

Sie wünschen sich also ein nationales Prostitutionsgesetz?

Einheitliche Regeln sind immer einfacher umsetzbar. Fragt sich nur, in welche Richtung diese gingen. Die Stimmen, die sich für ein Verbot der Sexarbeit aussprechen, nehmen nämlich zu. Das jedoch wäre kontraproduktiv und würde nur die bestehende Doppelmoral zementieren.

Diese Doppelmoral schafft aber auch ein Ja am 8. März nicht aus der Welt?

Frauen entscheiden sich aus verschiedensten Gründen für Sexarbeit. Wollen wir dies auch offiziell akzeptieren, kommen wir nicht darum herum, dass

sich in unseren Köpfen etwas ändert. Denn die Nachfrage kommt ja ebenso aus der Mitte unserer Gesellschaft.

Juristisch ist der Fall jedoch klar: Obwohl Prostitution in der Schweiz seit 1942 legal ist, sind Verträge im Sexgewerbe für die Bundesrichter weiter unsittlich und damit nicht durchsetzbar.

Diese Haltung zementiert die unsägliche Doppelmoral gerade noch: Sexarbeiterinnen brauchen eine Arbeitsbewilligung, zahlen Steuern und AHV, doch die Leistung, die dafür erbracht wird, gilt im 21. Jahrhundert noch immer als unsittlich. Das verstehe ich nicht.

Sie forschen nicht nur über Sexarbeit in der Schweiz, wie sieht uns Europa in dieser Frage?

Generell gilt die Schweiz als liberale Insel, die auf Entkriminalisierung setzt. Wie bei uns werden aber auch in anderen Ländern Stimmen lauter, die Freier

FORTSETZUNG AUF SEITE 24

INSERAT

**Abstimmung vom 8. März
Wirtschafts- und Arbeitsgesetz**

**Variante 2
Zum Schutz
der 'Lädeli'**

Stimmzettel für die Volksabstimmung vom 8. März 2015

Variante 1:
a) Wollen Sie das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz mit erweiterten Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag annehmen?

Variante 2:
b) Wollen Sie das Wirtschafts- und Arbeitsgesetz mit den bisherigen Ladenöffnungszeiten von Montag bis Freitag annehmen?

Stichfrage:
c) Welche Variante soll in Kraft treten, wenn beide Varianten angenommen werden?

Antwort **nein**

Antwort **ja**

Antwort Gewähltes ändern

Gbs/ISO Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn

SP Kanton Solothurn

NEUER ANLAUF FÜR NATIONALES PROSTITUTIONSGESETZ?

Alle warten auf Bericht zum Menschenhandel

Der Versuch, den Umgang mit Prostitution national und damit einheitlich zu regeln, scheiterte bereits vor Jahren. Und ein neuer Anlauf ist nicht in Sicht - so jedenfalls liest sich die letztjährige Antwort des Bundesrates auf eine Frage von Nationalrätin Yvonne Feri (SP/AG). Wie in der Schweiz in solchen Fällen üblich, grassiert daher der Kantönligeist. Denn seit 1942 ist Prostitution legal. Dennoch beschäftigt das Thema den Bund weiter. Bis im Sommer soll nämlich der lange erwartete Bericht des Bundesamtes für Polizei (Fedpol) zur «Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck sexueller Ausbeutung» veröffentlicht werden. Darin muss das Fedpol etwa Stellung nehmen, ob ein Prosti-

tutionsverbot überhaupt umsetzbar wäre und wie sich ein solches auf die Bekämpfung des Menschenhandels auswirken würde. «Erst wenn wir diese Fakten haben, können wir ernsthaft darüber diskutieren, in welche Richtung es gehen muss, damit Frauen vor der Illegalität besser geschützt sind», sagt Marianne Streiff. Geht doch der Fedpol-Bericht zurück auf eine Forderung der Berner EVP-Nationalrätin. Allerdings findet das älteste Gewerbe der Welt längst nicht nur im Illegalen statt. Darum fordert etwa Nationalratskollege Andrea Caroni (FDP/AR) in einem ebenfalls überwiesenen Vorstoss Schritte zur «Stärkung der rechtlichen Stellung von Sexarbeitenden». Und im Ständerat ist seit gut zwei

Jahren eine Berner Standesinitiative hängig. Das Kantonsparlament will, dass Prostitution rechtlich vollständig anerkannt wird. Letztmals lehnte der Nationalrat diese Forderung vor gut 20 Jahren ab. Somit blieben Verträge im Prostitutionsgewerbe nach gängiger Praxis des Bundesgerichts bis heute sittenwidrig und damit etwa auch vor Gericht nicht einklagbar. Laut Schätzungen werden schweizweit jährlich 3,5 Milliarden Franken mit Prostitution umgesetzt. Dabei zahlen Prostituierte AHV-Beiträge und Steuern, dürfen sich aber nicht anstellen lassen und haben entsprechend keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld oder können ausstehende Löhne vor Gericht nicht einfordern. (SAT)

INSERAT

USM
Möbelbausysteme

Ruhepol USM Möbelbausysteme harmonisieren mit zeitgenössischem Lebensstil.

Zaugg Zaugg & Zaugg AG
Objekt- und Wohnkonzepte
Meisenweg 3a, 4552 Derendingen
T 032 681 50 80, info@zaugg-online.ch
www.zaugg-online.ch

«Viele wollen nicht nur neutral sein»

Auf einen Kaffee mit ... Simon Gerber, der eine Brücke zwischen der Schweiz und der Ukraine schlagen will

VON SIMON BINZ

Darf ich raten: Sie fragen sich, warum der Mann auf dem Foto keinen Kaffee in der Hand hält? Ich kann Sie beruhigen, natürlich haben wir mit dem Herrn einen Kaffee getrunken; in Solothurn, um genau zu sein, an einem sonnigen Februarnachmittag in der Ramada-Bar. Das Bild aber wurde an einem kalten Oktobermorgen aufgenommen, auf den Strassen einer osteuropäischen Millionenstadt. Der Mann mit den Tauben ist Simon Gerber, die Strassen, auf denen er steht, sind die Strassen Kiews. Gerber besuchte die ukrainische Hauptstadt im



letzten Jahr, um sich vor Ort ein Bild darüber zu machen, wie der aktuelle Konflikt das tägliche Leben der Osteuropäer beeinflusst. Der Aufenthalt hinterliess Spuren: Im Januar gründete Simon Gerber den Verein Ukraine-Schweiz. Aber alles auf Anfang.

Sein Ansporn

Es ist ein seltsames, aber gleichzeitig sympathisches Bild, wenn dieser grosse-wachsende Mann mit dem - wie er ihn selbst bezeichnet - «verlumpten» Mantel in die doch recht vornehme Ramada-Bar hereinspaziert, die er als Treffpunkt auswählte. Er bestellt, noch bevor er Platz nimmt, einen Latte Macchiato und ein Mineral. Dann legt er seinen Mantel ab, zieht den Stuhl zurück, setzt sich drauf und rückt nahe zum Tisch. Simon Gerber räuspert sich und beginnt mit bedachter Stimme zu sprechen: «Vor rund einem Jahr liessen auf dem Maidan in Kiew über 80 Personen ihr Leben für alles, wofür Europa steht.» Er pausiert, lässt dem Gesagten Raum. «Ich habe vor Ort erlebt, dass diese Menschen auch jetzt noch extrem viel opfern, um den Geist vom Maidan aufrechtzuerhalten.» Der Holderbanker spricht in einem ruhigen Ton, dann spult er in seiner Erzählung mehr als ein Jahr zurück. Zurück in die Zeit der Maidan-Proteste.

Simon Gerber verfolgt das Geschehen in der Ukraine über die Nachrichten, er sieht wie die Proteste eskalieren, ist geschockt über die 80 Toten. Nun setzt sich der Familienvater intensiver mit dem Ukraine-Konflikt auseinander. Mithilfe der sozialen Medien Facebook und Twitter beschafft er sich differenzierte Informationen, schaltet sich in Diskussionen ein, exponiert sich als Putin-Gegner und sucht den Kontakt zu gut vernetzten Schweizern und Ukrainern. Schnell bemerkt der diplomierte Bauer und Sozialpädagoge, dass der Konflikt nicht nur im Osten der Ukraine stattfindet, sondern



Im Oktober 2014 besuchte Simon Gerber die ukrainische Hauptstadt Kiew, um vor Ort einen Eindruck vom Ukraine-Konflikt zu bekommen.

ZVG

vor allem auch im Internet. Er erzählt von Usern, die Ukraine-Unterstützer im Social Web systematisch diffamieren - von anderen, die gezielt Falschinformationen verbreiten. Er nennt sie «Putin-Trolls». «Je aktiver man sich für die Ukraine einsetzt, desto stärker wird man von diesen bearbeitet.» Gerbers Stimme wird laut, sein Ton scharf, seine Wut spürbar. Er ist überzeugt: Der Informationskrieg den Putin gegen den Westen führt, ist von nie da gewesenem Ausmass.

Seine Reise

Im Oktober 2014 reist Gerber dann nach Kiew, um seine ukrainischen Kontakte persönlich kennen zu lernen. In der Hauptstadt der Ukraine wird der 58-Jährige von einer jungen engagierten Frau namens Oxana begleitet. Als Gerber von ihr erzählt, unterbricht er mitten im Satz und greift nach seiner Tasche. Er zieht ein ukrainisches Magazin hervor. Er blättert es durch. Das Magazin ist vollgepackt mit Kurzporträts der Maidan-Opfer. «Oxana hat sich mit den Familien der Verstorbenen getroffen und daraus sind diese Geschichten entstanden.» Gerber holt Luft und fährt mit seiner Erzählung fort: «Die Reise nach Kiew gab mir die Sicherheit, die richtigen Kontakte geknüpft zu haben.» Für Gerber ist die Gründung des

Vereins nun beschlossene Sache. Mit an Bord sind auch seine Partner in der Schweiz und der Ukraine.

Sein Verein

Wir kennen nun die Vorgeschichte, was aber will der Verein erreichen? Zurzeit gehe es darum, das Kontaktnetz zu erweitern, so Gerber. Dann beginnt er mit Umschweife zu erzählen, welche Personen sie mit dem Verein ansprechen wollen. Diese Erklärungsart benutzt der wortgewandte Mann sehr oft, er verleiht so seiner Beschreibung ein verständliches Bild. Dieses Mal erzählt Gerber aus seinem eigenen Leben - von seinen zwölfjährigen Zwillingen, die zu Fuss in die Schule laufen, vom Garten, in welchem die Familie ihr eigenes Gemüse pflanzt, vom Stück Wald, wo er sich sein eigenes Holz holt. «Wir leiden in der Schweiz ein bisschen darunter, dass wir klein und überschaubar sind», sagt Gerber dann. Dies finde er zwar schön, glaube aber, dass viele Personen eigentlich über die Grenzen hinaus schauen und sich über die Grenzen hinaus vernetzen möchten. «Ich gehe sogar davon aus, dass hier in der Schweiz viele nicht einfach nur neutral sein wollen, sondern die Meinung vertreten, es geht uns hier im Westen etwas an, was in der Ukraine passiert.»

Er betont, dass ihre Arbeit aber nicht auf Mitgliederwerbung zielt. Die vier Vorstandsmitglieder versuchen vielmehr aktiv, ein grosses Kontaktnetz zu spinnen. So ist zum Beispiel Gerber - seit Jahren Mitglied beim schweizerischen Autorenverband - zurzeit damit beschäftigt, zu wichtigen Schweizer Kulturverbänden Kontakt aufzunehmen. Ein grosses Anliegen des Holderbankers wäre es ausserdem, Kooperationen zwi-

«Ich habe vor Ort erlebt, dass diese Menschen auch jetzt noch extrem viel opfern, um den Geist vom Maidan aufrechtzuerhalten.»

schen Schweizer Städten und Gemeinden und ihren ukrainischen Pendanten zu arrangieren. Ist das überhaupt realistisch? Unumwunden gibt er zu, dass zurzeit vieles Wunschdenken ist. Gleichzeitig erwähnt er aber auch die guten Partner in der Ukraine. «Man stelle sich vor: Eine Stadt wie Solothurn könnte eine Partnerschaft mit Kiew eingehen. Ist diese Vorstellung naiv», fragt Gerber und gibt die Antwort gleich selber: «Am Schluss hängt es weniger von uns ab, als mehr von den Entscheidungsträgern.» Klar sei aber, dass die Ukraine ein wahn-

sinniges Potenzial habe, eine 5-Millionen-Stadt wie Kiew einen riesigen Nachholbedarf. «Wenn das hier nicht gesehen wird, dann wäre das auch naiv.»

Seine Vergangenheit

Kommen wir nochmals zurück zum Foto. Wenn Sie nun die ganze Zeit dachten, der Mann auf dem Bild oder der Name Simon Gerber komme Ihnen irgendwie bekannt vor, dann liegen Sie bestimmt nicht daneben. Die Wahrscheinlichkeit ist sogar gross, dass Sie zumindest einmal von dem Holderbanker gehört oder gelesen haben. Simon Gerber ist nämlich eine Ex-Geisel. Während der Balkankriege reiste der damalige Leiter der «Kulturbrücke Schweiz-Sarajevo» mehrfach in die Krisenregion, um sich mit lokalen Kulturschaffenden auszutauschen. Zwischenfälle gab es keine - bis zum 2. April 1995: Serbische Soldaten nahmen Gerber und die Übersetzerin Marija Wernle-Matic an einem Checkpoint fest und inhaftierten sie unter einem Vorwand. Nach 34 Tagen in Geiselhaft kamen sie frei. Knapp zwei Jahrzehnte sind seit diesem Tag vergangen. Die Gefangenschaft hat Simon Gerber verändert, etwas aber konnten die serbischen Soldaten dem 58-Jährigen nicht nehmen: den Drang, Menschen in Krisengebieten zu helfen.

FORTSETZUNG VON SEITE 23

bestrafen wollen. Schweden hat das vor 15 Jahren beschlossen. Damit starb die Prostitution aber nicht aus, sondern die Sexarbeiterinnen folgten den Freiern in den Untergrund. Mit dem Tänzerinnen-Statut machten auch wir unsere Erfahrungen: Zum Schutz vor Ausbeutung durften aussereuropäische Frauen in Striptease-Clubs nicht animieren. Heute wird das Statut mit ebendieser Begründung wieder aufgehoben, da die Regelung Frauen nicht vor illegaler Prostitution schützte. Was bei uns oft vielen schwerfällt zu verstehen: Viele Frauen sehen die Arbeit in der globalisierten Sex-Ökonomie als temporäre Verdienstmöglichkeit und folglich als kurz- oder mittelfristige Existenzoption. Angesichts der oft prekären und belastenden Arbeitsbedingungen, der ausgrenzenden Aufenthaltssituation und Abhängigkeitsverhältnisse so-

wie Stigmatisierungen, erweisen sich die Emanzipationsbestrebungen jedoch als brüchig. Alternativ können die Frauen ja nicht einfach auf dem Bau oder in der Landwirtschaft anheuern.

Sexarbeit und Menschenhandel werden oft im selben Atemzug genannt. Wo drohen Überschneidungen, wo muss man unterscheiden?

Wie im Ausland wird Sexarbeit auch bei uns fälschlicherweise oft mit Menschenhandel gleichgesetzt. Klar gibt es Menschenhandel im Sexgewerbe. Die Zahlen sprechen aber eine klare Sprache: Bis zu 25 000 Frauen arbeiten laut Schätzungen im Sexgewerbe. Dagegen wird geschätzt, dass in der Schweiz jedes Jahr 1500 bis 3000 Personen von Menschenhandel betroffen sind.

Der Grat zwischen Menschenhandel-Opfer und selbstbewusster Sexarbeiterin ist aber oft eng.

Aus Interviews in Basel wissen wir, dass sich einige Frauen zwar über ihre Bedingungen beklagen, die Arbeit aber unter Kontrolle haben. Dokumente oder Verdienst abzunehmen etwa sind klare Grenzüberschreitungen. Wichtig ist im Kampf gegen Menschenhandel, dass alle Stellen gut zusammenarbeiten. Immer wieder helfen zudem ehemalige Freier den Frauen.

Was kann die Politik tun, um Frauen besser vor Menschenhandel zu schützen?

Eigentlich liegen die gesetzlichen Grundlagen seit längerem vor. Doch zu lang ging nichts in der Schweiz, kritisierte vor einiger Zeit auch die UNO. Der Bund muss nun den Aktionsplan gegen Menschenhandel konsequent umsetzen. Ein wichtiger Fokus: der Opferschutz. Wenn es schon zu einem der seltenen Prozesse kommt, dürfen die Opfer nicht noch darunter leiden.

Welche konkreten Möglichkeiten sehen Sie, um die Sexarbeit zu entstigmatisieren?

Zwar bleibt auf Gesetzesebene viel zu tun. Mindestens so sehr frage ich mich aber, warum immer die Frauen und nicht die Konsumenten stigmatisiert werden. Um dem entgegenzuhalten, schlagen wir Ausbildungskurse für Frauen vor, die beschlossen haben, in die Sexarbeit einzusteigen. Das soll nicht die Prostitution fördern, sondern die Position der Frauen stärken.

Damit sehen Sie den Solothurner Sexartikel mit verschiedenen Auflagen zum Schutz der Frauen zumindest als Schritt in die richtige Richtung?

Ob nur die Behörden oder auch die Frauen von den neuen Regeln werden profitieren können, hängt ganz davon ab, wie die Vorlage bei einem Ja umgesetzt wird.

Frankenstärke Kommission fordert Sofortmassnahmen

Die Solothurner Regierung soll prüfen, welche Sofortmassnahmen im Zuge der Aufhebung des Euro-Mindestkurses eingeleitet werden können. Das fordert nun auch die kantonsrätliche Umwelt-, Bau- und Wirtschaftskommission. Sie hat einem entsprechenden überparteilichen Auftrag zugestimmt. Als konkrete Massnahmen schlägt die Kommission etwa vor, dass die Bildung von Reserven für Währungsschwankungen für Firmen wieder möglich wird. Zudem solle die Regierung beim Bund dafür sorgen, dass die Auszahlung der kostendeckenden Einspeisevergütung an die betroffenen Firmen viel schneller erfolgt. Begrüsst werden zudem die vorgeschlagenen «runden Tische». (SKS)